



Industrie-Initiative für mehr als 400 neue Wasserstofftankstellen bundesweit

Industrie-Initiative für mehr als 400 neue Wasserstofftankstellen bundesweit
Ramsauer: Elektromobilität gewinnt weiter an Fahrt
Fünf Unternehmen - Air Liquide, Daimler, Linde, Shell und Total - gaben heute in Stuttgart auf der "World of Energy Solutions"-Konferenz die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens "H2 Mobility Initiative" (H2MI) zum Aufbau einer bundesweiten Wasserstoffinfrastruktur bekannt. Das klare Ziel: Bis 2023 soll die Zahl der öffentlich zugänglichen Wasserstoff-Zapfsäulen bundesweit auf 400 steigen - eine bedarfsgerechte Versorgung der künftigen Elektrofahrzeuge mit Brennstoffzelle ist dadurch sichergestellt. Die Industrie-Initiative baut auf dem "50-Tankstellen-Programm" bis 2015 auf. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat dieses Programm 2012 gemeinsam mit der Industrie ins Leben gerufen. Es wird vom Bundesverkehrsministerium mit rund 20 Millionen Euro unterstützt.
Ramsauer: "Elektromobilität mit Wasserstoff und Brennstoffzelle gewinnt in Deutschland weiter an Fahrt. Mit dem Nationalen Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie unterstützen wir erfolgreich die Entwicklung im Hinblick auf Alltagstauglichkeit und Marktfähigkeit. Wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen-PKW und -Busse sind Millionen Kilometer gefahren, ohne CO2 Emissionen zu verursachen. Mehr als 500 hocheffiziente Brennstoffzellenheizgeräte haben über vier Millionen Betriebsstunden zuverlässig Strom und Wärme produziert. Mittels Wasserstoff können große Energiemengen, zum Beispiel aus Wind, über längere Zeiträume gespeichert werden. Wir wollen daher langfristig Forschung und Entwicklung zur Absicherung der technologischen Basis unterstützen."
2006 haben Bund, Industrie und Wissenschaft zur Förderung der Technologien das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) aufgelegt. Das Fördervolumen des auf zehn Jahre angelegten Programms umfasst 1,4 Milliarden Euro. Bereitgestellt wird die Summe je zur Hälfte vom Bund und von der Industrie. Das Bundesverkehrsministerium beteiligt sich im Rahmen des NIP mit 500 Millionen Euro.
Externe Links: <http://www.now-gmbh.de>
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 30 18 300 - 2040
Telefax: +49 30 18 300 - 2059
Mail: presse@bmvbs.bund.de
URL: <http://www.bmvbw.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

[bmvbw.de](http://www.bmvbw.de)
presse@bmvbs.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

[bmvbw.de](http://www.bmvbw.de)
presse@bmvbs.bund.de

Die Aufgaben Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind in einem Ministerium vereinigt. Das BMVBS ist damit das wichtigste Investitionsressort der Bundesregierung. Hier sind alle Zuständigkeiten des Bundes für verkehrliche und bauliche Infrastrukturen gebündelt: Bundesfernstraßen, Schienen- und Wasserwege, Städtebau, Stadtentwicklung und Raumordnung. Als herausragendes Innovationsministerium gibt das BMVBS Impulse für die Verkehrstechnologie und die Bauwirtschaft. In der Luftfahrt, in der Satellitennavigation, bei neuen Antrieben und Kraftstoffen, bei energiesparenden Bauweisen sorgen die Experten des Ministeriums für gute Rahmenbedingungen. An seinen beiden Standorten Berlin und Bonn hat das Ministerium insgesamt 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In neun Abteilungen wird die Arbeit des BMVBS umgesetzt. Die Leitungsabteilung untersteht dem Minister unmittelbar und unterstützt ihn bei seinen politischen Aufgaben. Sie widmet sich den Themen der Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Neuen Medien sowie der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und anderen Institutionen. Die Zentralabteilung nimmt die administrativen Aufgaben im Ministerium selbst und in seinem Geschäftsbereich wahr. Sie hat zentrale Steuerungsaufgaben in den Bereichen Haushalt, Personal, Organisation, Verwaltungsmodernisierung, technische Infrastruktur sowie bei der Betreuung der Liegenschaften. Zusammen mit den nachgeordneten Behörden trägt das BMVBS Verantwortung für über 26 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln und rund 27.000 Beschäftigte. Vertreter des Ministeriums nehmen zudem die Interessen des Bundes als Eigentümer bzw. Miteigentümer bei Unternehmen im Verkehrs-, Bau- und Wohnungsbereich, z.B. bei Flughafen- und Wohnungsbaugesellschaften, wahr. In der Abteilung Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts, Europaangelegenheiten werden grundlegende strategische Politikkonzepte entwickelt und umgesetzt. Es geht schwerpunktmäßig darum, durch eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur und deren nachhaltige Finanzierung passende Rahmenbedingungen für ein leistungsfähiges Verkehrssystem zu schaffen. Gleichzeitig muss die Verkehrs- und Baupolitik umwelt- und klimafreundlich ausgestaltet werden. Ein weiteres wichtiges Thema der Abteilung ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsentscheidungen zur Verkehrsinfrastruktur. Außerdem kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv um die Förderung von Forschung und Innovation sowie die Koordination und Steuerung der EU-Politik. Für alle Fragen rund um den Schienen- und Straßenverkehr ist die Abteilung Landverkehr zuständig. Sie vertritt außerdem die Interessen des Bundes als Eigentümerin der Deutschen Bahn AG. Wichtigste Aufgabe der Abteilung Straßenbau ist der Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen. Das Straßennetz im Verantwortungsbereich des Bundes besteht derzeit aus rund 12.000 km Bundesautobahnen und etwa 41.000 km Bundesstraßen. Für die 7.300 km langen Binnenwasserstraßen und die Seewasserstraßen mit einer Fläche von 23.000 km² in unserem Land ist die Abteilung Wasserstraßen und Schifffahrt zuständig. Einen Schwerpunkt dieser Abteilung bildet die Mitarbeit in internationalen Institutionen, in denen z.B. Fragen des See- und Schifffahrtsrechts erörtert und entschieden werden. Auch in der Abteilung Luft- und Raumfahrt ist der Blick über die Grenzen Deutschlands Alltag. Hier geht es sowohl um faire internationale Wettbewerbsregeln als auch darum, den weltweit wachsenden Luftverkehr effizient, sicher und umweltfreundlich zu gestalten. Die Abteilung Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen kümmert sich um die Bereiche Stadtentwicklung und Raumordnung, Bau- und Wohnungsrecht sowie Mietrecht. Dabei hat die gemeinwohlorientierte Sicherung des Wohnens auch angesichts der demografischen Entwicklung einen hohen Stellenwert. In dieser Abteilung sind auch die Programme der Städtebauförderung, vor allem zum Stadtumbau sowie zur Sozialen Stadt angesiedelt. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur gelegt. Die Abteilung Bauwesen, Bauwirtschaft und

Bundesbauten ist für Grundsatzfragen des Bauwesens, die energetische Modernisierung, das öffentliche Auftragswesen, Baukultur, Bautechnik und Bauwirtschaft zuständig. Darüber hinaus übernimmt sie die fachliche Verantwortung für zivile Bauten des Bundes im In- und Ausland.